

24. AUG 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIV/186 - 20. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Zur Kulturpolitik der Bundesregierung Von Ulrich Lohmar, MdB Mitglied des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik	81
3	Bonn - London Ein frostiges Klima - und wer hat schuld ?	55
4 - 5	Kostenbeteiligung für Versicherte ? Das Arbeitsministerium hält an seinen unsozialen Plänen fest	70
6 - 7	Jugend auf der Flucht Ablenkungsmanöver Pankows	80

* * * * *
* * *

Zur Kulturpolitik der Bundesregierung

Von Ulrich Lohmar, MdB

Mitglied des Ausschusses für Kulturpolitik und Publizistik

Wenn das Parlament nach der Sommerpause wieder zusammentritt, wird es genau ein Jahr her sein, seit der Bundestag in seiner Berliner Sitzung vom 3. Oktober 1958 auf Anregung der Regierungsparteien einstimmig beschlossen hat, die Bundesregierung zu ersuchen, "auf der Grundlage der im Grundgesetz festgelegten Verteilung der Kompetenzen Verhandlungen mit den Ländern darüber aufzunehmen, welche Aufgaben auf dem Gebiet der Kulturpolitik künftighin nur vom Bund, nur von den Ländern oder von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden sollen". In dem Beschluss des Bundestages heisst es weiter, insbesondere solle die Beseitigung akuter Notstände wie der Schulraumnot, des Lehrermangels und des Mangels an Lehrkräften an wissenschaftlichen Hochschulen in diese Beratungen zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen aufgenommen werden.

Wer die Situation an unseren Schulen und Hochschulen kennt, weiss um die Bedeutung dieses Auftrages, den das Parlament der Bundesregierung vor einem Jahr erteilt hat. Was ist nun seither geschehen? Die Experten der Bundesregierung machen kein Hehl daraus, dass eine Verständigung mit den Ländern eben über die in dem erwähnten Bundestagsbeschluss genannten Probleme vorerst nicht möglich erscheine. Hinter den Kulissen scheint sich die Bundesregierung darauf einzurichten, die Sache allmählich in Vergessenheit geraten zu lassen. Offiziell haben die Länder und der Bund zwar ihre Verhandlungskommissionen benannt, aber weder der Bundestag noch die Öffentlichkeit haben bis heute auch nur andeutungsweise etwas über den Gang oder gar über ein Ergebnis von Verhandlungen erfahren. Die Bundesregierung ist nicht einmal bereit, Auskunft über die Auffassungen zu geben, die sie selber zu vertreten gedenkt.

Dies alles verdient keinerlei Verständnis von Seiten des Parlaments. Die vom Bundestag ausdrücklich einer vorrangigen Lösung anempfohlener Übelstände der Schulraumnot, des Lehrermangels und des Mangels an Lehrkräften an wissenschaftlichen Hochschulen bestehen nach wie vor. Ihre Bewältigung gerät jetzt einfach deshalb weiter ins

Hintertreffen, weil die Bundesregierung die Verhandlungen mit den Ländern vom Prinzipiellen und weniger von Praktischen her führen zu wollen scheint. Diese Tendenz war von der CDU/CSU schon in den Beratungen des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik spürbar, so dass erst auf Anregung der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder sei-nerzeit die drei praktischen Notstände als vorrangig mit in den Beschluss des Parlaments aufgenommen wurden. Jetzt sehen sich die Regierungsparteien im Bundestag der Tatsache gegenüber, dass der von ihnen vorgeschlagene Berliner Beschluss weder im Grundsätzlichen noch im Praktischen von der Regierung einer Verwirklichung nähergebracht worden ist.

Wir wollen nicht davon reden, dass die Bundesregierung sich hier eine neue und bewusste Herausforderung des Parlaments erlaubt, wenn-gleich man nicht von einem ausgeprägten Respekt der Exekutive unseres Staates gegenüber der gesetzgebenden Gewalt sprechen kann. Aber was soll man dazu sagen, wenn die Bundesregierung zwar die Energie auf-bringt, ein so lächerliches Unternehmen wie die sogenannte "Aktion rettet die Freiheit" zu fördern und darauf erhebliche Mittel zu konzen-trieren, es aber während des ganzen Jahres nicht zuwege bringt, einen wichtigen Beschluss des Bundestages zur Kulturpolitik wenigstens der Verwirklichung näherzubringen? Was soll das Gerede über die zu bestehen-de Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, wenn hier auf dem Felde der Wissenschaft, Forschung und Bildung durch Nachlässigkeit und Ignoranz das Notwendige unterlassen wird?

Die Bundesregierung hatte offenbar in letzter Zeit das Bedürfnis, von dieser begründeten Sachlage ein wenig abzulenken. Sie liess vor einigen Wochen durch das Finanzministerium verkünden, die Leistungen des Bundes für Wissenschaft und Forschung seien von 1955 - 1959 um das Fünffache gestiegen, und zusammen mit den privaten Aufwendungen für diese Zwecke gebe die Bundesrepublik etwa 1 v.H. ihres Bruttosozial-produkts dafür aus. An Vergleichszahlen erwähnte das Bundesfinanz-ministerium in diesem Zusammenhang aber lediglich Frankreich (wo eine ähnliche Situation besteht wie bei uns) und England, wo die Aufwendun-gen immerhin etwa 50 v.H. über den westdeutschen Anstrengungen liegen. Von den gigantischen amerikanischen Leistungen hörte man nichts, und die Sowjetunion wurde aus dem Vergleich ausgeklammert, weil von dort angeblich keine vergleichbaren Zahlen vorhanden seien. Dabei weiss jeder Sachkenner, welche ungeheuren Anstrengungen die Sowjets gerade auf dem Gebiet der Wissenschaftsförderung unternommen haben, um den Westen zu überflügeln und ihrer Aussenpolitik in den Entwicklungsländern das notwendige technische und wirtschaftliche Fundament geben zu können.

Warum werden also so naive "Erfolgsberichte" einer dem Sommer-schlaf hingegebenen deutschen Öffentlichkeit an die Hand gegeben, während der Grundsatzbeschluss des Bundestages zur Kulturpolitik vom 3. Oktober 1958 in den Aktenschranken der Ministerialbürokratie zu verstauben beginnt? Wir möchten wünschen, dass das Parlament gleich zu Beginn seiner Arbeit nachdrücklich daran erinnert, wozu die Regie-rung beauftragt worden ist und dem Innenministerium einen Termin setzt, bis zu dem wir mit einer Realisierung dieses Auftrages rechnen.

Bonn - London

ler - Zwischen Bonn und London stehen die Dinge nicht zum besten. Am Vorabend entscheidender Begegnungen westlicher Politiker und dem Treffen Eisenhewers mit Chruschtschow besteht zwischen Bonn und London ein tief-sitzendes Unbehagen, das sich in heftigen Pressepolemiken und Unmutsbekundungen niederschlägt. Ein anti-britisches Ressentiment, durch viele Jahre verdeckt, kommt wieder zum Vorschein. Noch ist das böse Wort vom perfiden Albion, eine Erbschaft wilhelminischer und jüngst vergangener Zeiten, nicht aufgetaucht, aber viel fehlt nicht mehr. Der "Rheinische Merkur" befindet sich, was bei diesem Blatt freilich nicht wunder nimmt, an der Spitze des Zuges gegen Grossbritannien, er spricht von Stinkbomben aus London, vergleicht britische Massenblätter, wie den "Daily Express" und den "Daily Herald" mit der Moskauer "Prawda" oder "Iswestija", bescheinigt den britischen Kollegen, die Sommerhitze möge ihnen in den Kopf gestiegen sein, fragt, ob sie sich Liebkind bei den Sowjets machen wollen und beschuldigt die Boulevardpresse der Querschüsse gegen Bundeskanzler Adenauer. Die so betuliche "Frankfurter Allgemeine" lässt sich von ihren Londoner Korrespondenten ganz im Goebbels-Stile berichten, der "Daily Herald", der die "Hetze gegen die Bundesregierung der Wahrheit vorgezogen habe", sei zur Strecke gebracht worden, seine schwerwiegenden Anklagen wären ein Akt "ungeheuerlicher Verantwortungslosigkeit" und bescheinigt ihm, ein gefährliches Spiel mit der Vergiftung des deutsch-englischen Verhältnisses zu treiben. Man sieht, die Wogen gehen hoch.

Der Ausbruch gereizter Stimmung kommt nicht von ungefähr, er ist auch nicht allein durch Pressepolemiken verursacht worden, er hat tiefere Gründe. Einige Jahre lang schienen die Wege der offiziellen Bonner und offiziellen Londoner Politik parallel zu laufen, es gab keine Gegensätze prinzipieller Natur, die Londoner Politik ermutigte alle Bemühungen Bonn's, etwa mit Frankreich in ein gut freundschaftliches nachbarliches Verhältnis zu kommen. Es sah in der deutsch-französischen Verständigung einen Grundpfeiler in Friedensgebäude Europas. In der Beurteilung der Sowjetunion gab es ebenfalls zwischen Bonn und London keine Meinungsverschiedenheiten - bis zur Moskautreise des britischen Premiers Macmillan im Frühjahr dieses Jahres. Adenauer sah in dieser Reise Macmillan's, die, wie sich heute herausstellt, den Boden für die Begegnung Eisenhower-Chruschtschow mit vorbereitete, einen persönlichen Affront, und das hat er nie vergessen. Londoner Beschwichtigungsversuchen blieb der Erfolg versagt. Adenauer befürchtete in diesem britischen Alleingang die Vorstufe zu einer Änderung der westlichen Russlandpolitik, er vermutete und vermutet hinter den britischen Bestrebungen, die westliche Politik in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion elastischer zu gestalten, eine Aufweichung und so etwas wie das Herankommen eines neuen München - eine völlig unbegründete Furcht, die nur daraus zu erklären ist, dass ein Adenauer sich die Welt eben nicht anders vorstellen kann, als in einer Verewigung des Kalten Krieges. Sein Misstrauen gegen Macmillan nahm geradezu hektische Formen an, die Haltung der westdeutschen Delegation in Genf war davon nicht frei.

In der vielschichtigen Komplex bundesrepublikanisch-britischer Beziehungen spielt auch die Frage der Freihandelszone hinein, die nicht zustande kommen kann, weil Adenauer hier bedingungslos auf das französische Pferd setzt und sich allen Ermahnungen über eine drohende zweite Aufspaltung Europas in einander bekämpfende Wirtschaftsböcke verschliesst. Die völlige Missachtung britischer Empfindlichkeiten musste entsprechende Reaktionen auslösen, deren Heftigkeit nicht überraschen konnte. Hat das offizielle Bonn vergessen, dass ein von Misstrauen gereinigtes Klima mit London für die deutsche Politik ebenso lebenswichtig ist, wie die Zurückhaltung bei allen französischen Plänen, Frankreich als vierte Atommacht zu etablieren?

Kostenbeteiligung für Versicherte ?

P.Sch. Die "Welt der Arbeit", Organ des DGB, veröffentlichte kürzlich ein Interview mit Staatssekretär Dr. Claussen. Dieses Interview sollte offenbar dem Zwecke dienen, die sozialpolitische Auffassung dieses maßgeblichen Mannes zu erforschen. Dabei ging es hauptsächlich um die im Zuge einer Neuregelung der sozialen Krankenversicherung beabsichtigte Kostenbeteiligung der Versicherten. Die Äußerungen des Staatssekretärs erscheinen geeignet, als offizielle Erklärung gewertet zu werden. Bisher hatte sich Dr. Claussen mehr darum bemüht, seine Meinung in Kreisen der Ärzteschaft abzusetzen. Nun hat er über "Welt der Arbeit" zur Arbeitnehmerschaft gesprochen und damit den Weg freigegeben zu einer nicht zu vermeidenden Kritik.

Dr. Claussen wurde als "eifriger Verfechter der Kostenbeteiligung" angesprochen und ließ dies gelten. Seine Vorstellungen hierzu und die im Interview bewiesene Sachkenntnis lassen einiges zu wünschen übrig. Insbesondere müssen Zweifel geäußert werden, ob er das heutige Beitragsrecht in der Krankenversicherung kennt. Er behauptete kühn, daß die Arbeitnehmer heute rund einen Monatslohn jährlich an die Krankenversicherung zahlen. Dies sagte er im Zusammenhang mit der ihm vorschwebenden Beitragssenkung, mit der er gleichzeitig die von ihm geforderte Kostenbeteiligung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Kassenleistungen begründen will. Diese Zusammenhänge lassen die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß Dr. Claussen eine zweckbedingte Unrichtigkeit geäußert hat. Ihm darf nämlich sichere Kenntnis darüber unterstellt werden, daß der auf die Krankenversicherung entfallende Teil des Gesamtsozialversicherungsbeitrages, der dem Arbeitnehmer vom Lohn einbehalten wird, im Durchschnitt jährlich etwa die Hälfte eines Monatslohnes erreicht.

Die Pflicht einer Kostenbeteiligung des Versicherten läßt sich mit einer gedachten Beitragssenkung nicht begründen. Dr. Claussen sollte es wissen, daß die soziale Krankenversicherung Leistungen zu gewähren hat, wenn ihrer der Versicherte in den schicksalhaft eintretenden Wechselfällen des Lebens bedarf. Selbst der der sozialen Krankenversicherung seit jeher innewohnende Solidaritätsgedanke vermag die Ungerechtigkeiten, die sich aus einer Kostenbeteiligung neben regelmäßig zu zahlenden Beiträgen ergäben, nicht zu beseitigen. Die beabsichtigte Kostenbeteili-

gung ist unsozial, familienfeindlich und die Volksgesundheit gefährdend.

Dr. Claussen nahm auch zu dem Problem der Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfalle Stellung. Nach seiner Meinung sei dies eine politische Entscheidung, mit der sich vielleicht das Parlament befasse. Dabei ist es ihm wahrscheinlich eingefallen, daß die SPD bereits die Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfalle gefordert und die bei einer Neuregelung der sozialen Krankenversicherung dazu nützlichen Vorschläge kundgetan hat.

In diesem Interview wurde dem Staatssekretär Dr. Claussen vorgehalten, daß er einmal gesagt habe, der Samstag sei der Tag der deutschen Schwarzarbeit. Er versuchte dies zu widerlegen, indem er behauptete, daß er so etwas nicht gesagt habe. Wohl aber habe er gesagt, wenn man den Samstag zum Tag der Schwarzarbeit machen würde, dann seien die aufgeworfenen Probleme damit nicht gelöst. Diese Dialektik kommt uns bekannt vor und erinnert daran, daß Dr. Claussen wegen verschiedener Redewendungen bereits die Aufmerksamkeit des Deutschen Bundestages auf sich gezogen hat.

Dr. Claussen vertrat auch die These, der Arbeitnehmer solle sich künftig wie ein Privatpatient fühlen. Wieweit in dieser Äußerung eine Diffamierung des Ärztestandes zu erblicken sein dürfte, entzieht sich unserer Beurteilung. Falls er über entsprechende Erfahrungsfälle verfügt, daß Ärzte die Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen schlechter als Privatpatienten behandeln, wäre es nicht zu begreifen, daß er von seinen Möglichkeiten, dagegen einzuschreiten, bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Es mag Sache der Ärzteschaft sein, zu beurteilen, welchen Bärendienst ihr Dr. Claussen mit seiner Phrase vom Privatpatienten geleistet hat.

Offenbar von dem ihm unbequemen Thema der Kostenbeteiligung in der sozialen Krankenversicherung abweichend, die ihm mehr und mehr als heißes Eisen erscheinen dürfte, kündigte er an, daß auf dem Gebiete der Rentenversicherung der Versicherte periodisch eine Abrechnung über den Stand seines Rentenkontos erhalten soll. Die SPD hält es jedoch für dringlicher, daß die Beseitigung der Rückstände der Rentenversicherungsträger in der Bearbeitung und Bescheidung der Rentenanträge erfolgen und ihre künftige Vermeidung sichergestellt werden muß.

Jugend auf der Flucht

Der Fluchtstrom nach dem Westen, der trotz verschärfter Kontrollen auf den Eisenbahnstrecken nach Berlin in nur wenig vermindertem Umfang anhält, stellt für die SED und ihre Staatsorgane ein um so schwerwiegenderes Problem dar, als der Anteil der männlichen Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren beträchtlich gestiegen ist. Es sind gerade diejenigen Jahrgänge der männlichen Zonenbevölkerung, die für eine Werbung zur "Nationalen Volksarmee" oder zur Volks- bzw. Grenzschutzpolizei in Frage kommen.

Auf diesem Hintergrund muss die Propaganda gesehen werden, die dieser Tage wieder von höchster amtlicher Stelle in Ostberlin mit dem angeblichen Massenzustrom westdeutscher Bürger nach der "DDR" betrieben wurde. Es war sicher kein Zufall, dass Oberst Göhlingen vom "Ministerium des Inneren" bei seinen Mitteilungen über Zuwanderer aus der Bundesrepublik das Schwergewicht auf die Jahrgänge zwischen 18 und 25 Jahren legte und sich dabei zu der Behauptung verstieg, von 1957 bis Ende des ersten Halbjahres 1959 seien insgesamt 44 000 westdeutsche Jugendliche dieser Altersgruppe in die Sowjetzone gekommen.

Abgesehen davon, dass die von der Ostberliner Regierung angegebenen Zahlen über die Abwanderer von West nach Ost niemals kontrolliert werden können, muss diese Behauptung des sowjetzonalen "Ministeriums des Inneren" als ein reines Ablenkungsmanöver betrachtet werden. Selbst wenn man die Zahl von 44 000 Jugendlichen, die angeblich seit 1957 in die Zone gekommen sind, als echt annehmen wollte, muss ein einfacher Vergleich mit der Zahl der entsprechenden Flüchtlinge aus der Zone alle Bemühungen Pankows zunichte machen, hier einen besonderen Fluchttrend westdeutscher Jugendlicher zu konstruieren.

Schon die Zahl der männlichen jugendlichen Flüchtlinge im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die von Anfang 1957 bis Mitte 1959 allein nach Westberlin geflüchtet sind, übersteigt die von Pankow angegebene Zahl aus dem Westen. Insgesamt haben sich nämlich bei den Flüchtlingsstellen in Westberlin in diesem Zeitraum 49 564 männliche Jugendliche dieser Altersgruppe gemeldet, wobei die Flüchtlingszahlen aus Giessen und Ulzen nicht einberechnet sind.

Es meldeten sich in Westberlin als Flüchtlinge im Alter von 18 bis 25:

1957:	26 321
1958:	15 670
bis 30.6.1959:	7 573

Um diese Zahlen richtig beurteilen zu können, muss berücksichtigt werden, dass die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik etwa das Dreifache der Einwohnerzahl der "DDR" beträgt, so dass Pankow, wollte es auch nur annähernd eine gleiche Abwanderung von Jugendlichen aus der Bundesrepublik nachweisen, für den Zeitraum seit Anfang 1957 mindestens rund 150 000 männliche Zuwanderer aus dem Westen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren zu verzeichnen haben müsste.

Für die SED und die Ostberliner Regierung muß es alarmierend wirken, daß der seit Januar 1959 steigende Anteil der männlichen jugendlichen Flüchtlinge am Gesamtflüchtlingsstrom nach dem Westen eine Fortsetzung des bevölkerungspolitischen Substanzverlustes anzeigt. Ende Dezember 1958 hatte der Anteil der männlichen 18- bis 25jährigen an der Gesamtzahl der männlichen Zonenflüchtlinge in Berlin 25,5 Prozent betragen. Bereits im Januar dieses Jahres schnellte diese Zahl auf 34,2 Prozent herauf, im Februar lag sie sogar schon bei 38 Prozent. Nach einem geringfügigen Rückgang in den Monaten März, April und Mai waren es im Juni sogar 42,6 Prozent der männlichen Flüchtlinge, die auf die Altersgruppe 18 bis 25 Jahre entfielen.

Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1958 zeigt, um wieviel der Anteil dieser Jugendlichen am Flüchtlingsstrom zugenommen hat. Im Jahre 1958 waren es durchschnittlich 29,9 Prozent der männlichen Flüchtlinge, die in Berlin auf die Jahrgänge 18 bis 25 Jahre entfielen. Mitte 1959 war bereits die Rekord-Prozentzahl des Jahres 1957, die 39,6 Prozent 18- bis 25jährige männliche Jugendliche als Flüchtlinge verzeichnete, wesentlich überschritten.

Ohne Zweifel hat zur Flucht dieser jungen Männer der Sowjetzone die neue Werbekampagne der "Nationalen Volksarmee" beigetragen, die seit Anfang des Jahres, verbunden mit allen möglichen Druckmaßnahmen wieder zu verzeichnen ist. Vor allem dürften es Abiturienten und Studenten sein, die durch die Flucht nach dem Westen der Einziehung zur NVA entgehen wollen. Aber auch Jungarbeiter, die ihre Lehrzeit beendet haben und deren Weitervermittlung auf entsprechende Arbeitsplätze von der "freiwilligen" Verpflichtung zum Eintritt in die NVA abhängig gemacht wird, sind in steigendem Maße unter den Flüchtlingen. Der seit Anfang 1959 steigende Anteil der männlichen jugendlichen Flüchtlinge muß so sehr als ein Krisenzeichen bewertet werden, als bei den Zugkontrollen auf den Strecken nach Berlin in erster Linie die männlichen Jugendlichen herausgegriffen werden. Wenn die männliche Jugend der Zone trotzdem mehr denn je nach dem Westen flüchtet, so zeigt sich allein in der Bereitschaft, das Risiko einzugehen, in welcher verzweifelter Situation sie sich heute befindet.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler